

Der Landrat

61 - Kreisentwicklung, Regional-
und Verkehrsplanung
FDL Schwarz

Sitzungsvorlage

Nr.: 2020/555

Antrag

**Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.06.2020:
Gegen einen dreispurigen Ausbau der Bundesstraße 248 zwischen der
Abzweigung Müggenburg bis zum Grabower Heidberg!**

Kreisausschuss	22.06.2020	TOP
----------------	------------	-----

Kreistag	29.06.2020	TOP
----------	------------	-----

Grabow, den 09.06.2020
KTA/ Ortsvertrauensmann Grabow
Hartmut Pape
Am Rott 6, 29439 Lüchow/ Grabow
Tel. 05841-401 oder 0176-60937649

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion für die Kreistagsitzung am 29.06.2020

Gegen einen dreispurigen Ausbau der Bundesstraße 248 zwischen der Abzweigung Müggenburg bis zum Grabower Heidberg!

Sachverhalt:

Die Niedersächsische Landesbehörde für Verkehr und Straßenbau veröffentlichte im Januar 2020 auf ihrer Internetseite die Ausbaupläne für die Bundesstraßen (B) 248, 248a und 216.

U.a. ist für die **Bundesstraße 248** von der Abzweigung Müggenburg (Abschnitt 960, Station 1,0) bis zum Grabower Heidberg (Abs. 960, St. 3,1) ein **dreispuriger Ausbau** sowie ein **Kreisverkehr** im Bereich der Abzweigung Lüsen (sogen. Lüsener Grund, Abs. 960, St. 2,1) geplant.

Die beiden geplanten Überholstreifen, auf der ca. 2 km langen beschriebenen Strecke, sind jeweils etwas über 700 Meter lang.

Gegen diese Ausbaupläne der Nds. Landesbehörde für Verkehr und Straßenbau hat sich in den vergangenen Monaten in den umliegenden Ortschaften (Grabow, Lüsen, Gollau, usw.) eine **Bürgerinitiative** gegründet (die EJZ berichtete bereits am 23.02.2020, https://www.ejz.de/lokales/lokales/ausbau-der-b-248-oekologisch-daneben_50_111849687-28-.html).

Von der Bürgerinitiative wurden bereits **über 500 Unterschriften** von Bürgern gegen einen Ausbau der B 248 gesammelt.

Argumente der Bürgerinitiative gegen einen dreispurigen Ausbau der B 248:

- Die recht kurzen Überholstreifen laden zum Rasen ein, während überall in Deutschland über Tempolimits nachgedacht wird.
- Der Verkehrsfluss wird durch den geplanten Lüsener Kreisverkehr unterbrochen. Das führt zu erheblichen Co2 Ausstoß durch jeweiliges Anfahren gegen den Hang.

- Durch eine Straßenverbreiterung können LKW's, die Maut sparen wollen, noch bequemer durch unseren Landkreis fahren.
- Um Platz zu schaffen für diesen unsinnigen, unzeitgemäßen Ausbau (3. Fahrspur) müssten ca. 200 Bäume gefällt werden.
- Das Kreuzen der Straße ist nicht mehr zulässig. Die Gollauer Ausfahrt müsste verlegt werden bzw. Schwerlast- und landwirtschaftlicher Verkehr würde vermehrt durch die Dörfer (Lüsen, Gollau und Müggenburg) fahren.
- Die Landwirtschaft würde beeinträchtigt werden, da alle Feldzufahrten gekappt werden.
- Bisher ist der Verkehr auf der B 248 zwischen Lüchow und Dannenberg immer reibungslos gelaufen (teilweise mit Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 80 km/h).

Noch vor dem Planfeststellungsverfahren wehren sich die Bürger der anliegenden Dörfer und Umgebung gegen diese Ausbaupläne.

Nicht erwähnt wird von der Bürgerinitiative, dass ein dreispuriger Ausbau der B 248 einschließlich Kreisverkehr wahrscheinlich mehrere Millionen Euro (Steuergelder) kosten würde. Das gesparte Geld könnte sicher an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden.

Beschlussvorschlag (Kreistag 29.06.2020):

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg nimmt die aufgeführten Argumente der Bürgerinitiative gegen einen Ausbau der B 248 wohlwollend zur Kenntnis.

Der Kreistag stellt fest, dass gegen den (mehrheitlichen) Willen der in umliegenden Dörfern wohnenden Menschen ein dreispuriger Ausbau der Bundesstraße 248 zwischen der Abzweigung Müggenburg und dem Grabower Heidberg sowie ein Kreisverkehr im Bereich der Abzweigung Lüsen nicht zu rechtfertigen ist.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg spricht sich gegen einen dreispurigen Ausbau der Bundesstraße 248 zwischen der Abzweigung Müggenburg und den Grabower Heidberg sowie gegen den Bau eines Kreisverkehrs in Höhe der Abzweigung Lüsen aus und fordert die Niedersächsische Landesbehörde für Verkehr und Straßenbau schriftlich auf, ein Planfeststellungsverfahren nicht durchzuführen bzw. nicht zu starten.

Für die SPD-Kreistagsfraktion, gez. Hartmut Pape

Der betreffende Ausbauplan der Nds. Landesbehörde für Verkehr und Straßenbau befindet sich (als ZIP.Datei) unter:

[https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/projekte/bedarfsplan_fur_die_bundesfernstra-
sen_2016/offentlichkeitsbeteiligung/b_216_b_248_b_248a_ausbau_in_den_landkreisen_dan_und_l
g/b-216-b-248-b-248a-ausbau-in-den-landkreisen-luechow-dannenberg-und-lueneburg-
122444.htm](https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/projekte/bedarfsplan_fur_die_bundesfernstra-
sen_2016/offentlichkeitsbeteiligung/b_216_b_248_b_248a_ausbau_in_den_landkreisen_dan_und_l
g/b-216-b-248-b-248a-ausbau-in-den-landkreisen-luechow-dannenberg-und-lueneburg-
122444.htm)

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Initiative zum Ausbau der Verbindung vom Mittelzentrum Lüchow zum Oberzentrum Lüneburg im Zuge von B 248 und B 216 ist vom Landkreis Lüchow-Dannenberg ausgegangen. Bereits am 28.06.2007 hatte der Kreistag eine Resolution zum Ausbau des Fernstraßennetzes beschlossen. Darin wird u. a. ein Ausbau der B 216 von Lüneburg nach Dannenberg gefordert. Auch in dem vom Kreistag und den Samtgemeinderäten verabschiedeten Kreisentwicklungs- und Wachstumskonzepten 2007 und 2009 war die Anforderung enthalten, die Anbindung des Landkreises, insbesondere des Mittelzentrums Lüchow (Wendland) an das Oberzentrum Lüneburg und die Metropole Hamburg auf Straße und Schiene zu verbessern. Deshalb ist 2008 vom Landkreis unter Beteiligung der Samtgemeinden, der Lüchower Wirtschaftsförderungs-GmbH und des Landkreises Lüneburg eine Verkehrsuntersuchung in drei Stufen in Auftrag gegeben worden. Die Ergebnisse wurden 2009 in den

Kreisgremien unter Einbeziehung von Gemeinde- und SG-Vertretern vorgestellt. Am 15.12.2009 hat der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg beschlossen, dass die in der Verkehrsuntersuchung vorgesehenen Maßnahmen so schnell wie möglich durch das Land umgesetzt werden bzw. mit Unterstützung des Landes in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden sollen. Mit einem gemeinsamen Schreiben der Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg und der Landräte der Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg vom 22.02.2010 wurden diese Forderungen dem Land Niedersachsen übermittelt (siehe Anlage 1).

Am 24.06.2019 hat der Kreistag einen weiteren Beschluss zum Ausbau der Straßeninfrastruktur gefasst. Darin ist u.a. die Forderung zum Ausbau der zur Autobahn zuführenden Bundesstraßen mit Überholstreifen und/oder Umgehungsstraßen enthalten (Anlage 2).

Bei den Maßnahmen gemäß der Verkehrsuntersuchung handelt es sich um ein Gesamtkonzept, das Abschnittsweise aus der Errichtung von Zusatzfahrstreifen (2+1 Ausbau) und der Errichtung von Ortsumgehungen besteht. Insbesondere auf Grund des Gesamtkonzeptes sind die Ortsumgehungen (OU) vom Land Niedersachsen für den Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP 2030) vorgeschlagen und von der Bundesregierung aufgenommen worden. Zwischenzeitlich wurden die OU im Fernstraßenausbaugesetz verankert.

Die Maßnahmen der Errichtung von Zusatzfahrstreifen (2+1 Ausbau) sind nicht im Fernstraßenausbaugesetz enthalten, da sie nicht bedarfsplanrelevant sind. Diese Maßnahmen werden außerhalb des Bedarfsplanes vom Land Niedersachsen mit den verfügbaren Mitteln für die Bundesfernstraßen realisiert. Auf dieser Basis ist auch der 2+1 Ausbau auf der Ortsumgehung Dahlenburg geplant und umgesetzt worden.

Die nächste Maßnahme aus dem Gesamtkonzept ist der 2+1 Ausbau zwischen Lüchow und Grabow. Dazu laufen die Planungen schon geraume Zeit. Der Planentwurf, zur dem auch die Anpassungen im untergeordneten Straßennetz gehören, ist Ergebnis von Abstimmungen mit Grundstückseigentümern, Pächtern, Anliegern, mit der Stadt Lüchow und verschiedenen Behörden und soll noch in diesem Jahr zur Planfeststellung eingereicht werden. Im Zuge des Verfahrens, zu dem auch eine öffentliche Beteiligung gehört, können Bedenken und Anregungen vorgebracht werden. Im Zuge der Planfeststellung sind alle vom Bauvorhaben betroffenen öffentlichen und privaten Belange gegeneinander abzuwägen und widerstrebende Interessen möglichst auszugleichen.

Der Beschlussvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion, insbesondere der Vorschlag, dass sich der Kreistag für einen Verzicht der Maßnahme zwischen Lüchow und Grabow aussprechen soll, würde die Umsetzung des Gesamtkonzeptes gefährden, zu dem auch die Maßnahmen im Landkreis Lüneburg gehören sowie die Glaubwürdigkeit des Landkreises gegenüber dem Land Niedersachsen und der Bundesregierung untergraben.

Anlagen:

1. Gemeinsames Schreiben der IHK Lüneburg-Wolfsburg und der Landräte der Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg vom 22.02.2010 an das Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
2. Beschluss des Kreistages vom 24.06.2019

Finanzielle Auswirkungen:

keine